

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Geldner, Schmidt (Kempten),
Dr. Haas, Kubitz, Dr. Staratzke und Genossen

betr. **Situation in der Mühlenwirtschaft und Ver-
sorgung der Verbraucher**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Sind die bisher getroffenen und laufenden Maßnahmen geeignet, zu einer dauerhaften Gesundung der Mühlenwirtschaft beizutragen?
2. Welche Gründe sprechen für die Beibehaltung der bereits im Jahre 1955 ausgesprochenen vorläufigen Kartellgenehmigung und welche Gründe sprechen trotz der inzwischen eingetretenen Entwicklung gegen eine endgültige Genehmigung des Mühlenkartells?
3. Auf welche Gründe ist die seit einiger Zeit festzustellende Verknappung bestimmter Mehlqualitäten zurückzuführen und in welcher Form sind Maßnahmen im Interesse einer ausreichenden Deckung des Bedarfs der Verbraucher zu treffen? Besteht ein Anlaß, die 1964 erfolgte Aufhebung der Preisgenehmigungspflicht auf Grund der inzwischen festzustellenden Entwicklung erneut zu überprüfen?

Bonn, den 14. Dezember 1966

Geldner
Schmidt (Kempten)
Dr. Haas
Kubitz
Dr. Staratzke
Busse (Herford)
Dorn
Dr. Friderichs
Jung

Moersch
Dr. Mühlhan
Ollesch
Opitz
Peters (Poppenbüll)
Dr. Rutschke
Walter
Wurbs